Ein Zwischenfall

Wie schon oben erwähnt, hat gestern im Landtag Präsident Fräßdorf davon gesprochen, daß ein Abgeordneter es für richtig gefunden habe, in dem von ihm redigierten Blatt einen Aufsatz zu bringen, in dem der Landtag eine „Schwatzbude“ genannt werde. Auf Grund dieser Aeußerung hat Abgeordneter Heßlein noch während der gestrigen Landtagssitzung dem Präsidenten Fräßdorf folgendes Schreiben zukommen lassen:

„Sehr geehrter Herr Präsident!

In Ihrer heutigen Eröffnungsrede haben Sie, sehr verehrter Herr Präsident, von einem Artikel in einer Zeitung gesprochen, und einen Abgeordneten dafür verantwortlich gemacht, weil in diesem Artikel der Landtag als eine „Schwatzbude“ bezeichnet werde. Es ist vielfach im Hause angenommen worden, daß damit ein Artikel „Nachklänge zur politischen Aussprache im Landtage“ in Nr. 293 der „Sächsischen Volkszeitung“ vom 21. Dezember 1920 gemeint gewesen sei. Wenn das der Fall ist, so erlaube ich mir, dazu folgendes zu bemerken:

Ich bin zwar dem Verlage der „Sächsischen Volkszeitung“ und der Sächsischen Zentrumspartei für die politische Haltung der „Sächsischen Volkszeitung“ verantwortlich. Die preßgesetzliche Verantwortung trage ich jedoch seit dem 1. Oktober 1920 nicht mehr. Ich möchte daher ein für allemal feststellen, daß ich nicht für jedes Wort, das in der „Sächsischen Volkszeitung“ geschrieben wird als Abgeordneter verantwortlich gemacht werden kann. Die Artikel, für welche ich persönlich bis zum letzten Wort die Verantwortung übernehme, werden in der „Sächsischen Volkszeitung“ mit den Buchstaben „hsl“ bezeichnet.

Darüber hinaus gestatte ich mir die Bemerkung, daß es sich bei dem betreffenden Artikel um eine Zuschrift eines Tribünenbesuchers handelt, in der gesagt wird, die Bezeichnung „Schwatzbude“ für die Parlamentshäuser (auch für den sächsischen Landtag) sei vielleicht doch nicht mit Unrecht erfunden worden. Es wird auch in der „Sächsischen Volkszeitung“ nicht ohne weiteres der Landtag als „Schwatzbude“ bezeichnet, vielmehr in dem Artikel dieser anderswo gebrauchte Ausdruck als Einleitung zu weiteren Ausführungen gegen allzugroße Redefreudigkeit angeführt.

Ich muß daher auf alle Fälle dagegen Stellung nehmen, wenn auf Grund Ihrer Erklärung sehr verehrter Herr Präsident, die Absicht entstanden ist, als ob ich selbst das hohe Haus als eine „Schwatzbude“ bezeichnet hätte. Ich wäre Ihnen sehr verbunden, wenn Sie die Güte hätten, von dieser meiner Erklärung dem hohen Hause Kenntnis zu geben.

In vorzüglicher Hochachtung
gez.: Paul Heßlein, M. d. L.“

In der Steuerangelegenheit Erzberger

wird der „Germania“ aus gut unterrichteten Kreisen geschrieben: Die Behandlung der Steuerangelegenheit des früheren Reichsfinanzministers hat eine Reihe von Tatsachen gezeitigt, an denen man nicht stillschweigend vorübergehen kann. Es wurden vor etwa Jahresfrist die Steuerakten Erzbergers beim zuständigen Finanzamt gestohlen, photographiert und vervielfältigt. Die gestohlenen Steuerakten hat dann der ehemalige Redakteur der „Deutschen Zeitung“, Dr. Buelk, „schriftstellerisch“ verwertet. Das Ergebnis der Bemühungen der Staatsanwaltschaft gegen die strafbare Preisgabe geheim zu haltender Steuerakten und die unlautere Benutzung der gestohlenen Akten ist der Oeffentlichkeit nicht bekannt geworden. Herr Dr. Buelk hat sich sogar nicht gescheut, auf Grund der gestohlenen Akten gegen Erzberger Anzeige bei der Staatsanwaltschaft zu erstatten; eine Zeitungskorrespondenz veröffentlichte dieser Tage angebliche Auszüge aus amtlichen Berichten eines Finanzbeamten, wodurch eine weitere strafbare Handlung begangen worden ist, die nicht ungeahndet bleiben darf. Die Oeffentlichkeit hat über eine Untersuchung hierüber noch nichts erfahren. Will man diese Straftaten ungeahndet lassen, so muß man damit rechnen, daß z. B. die gewiß sehr interessante Kriegsgewinnsteuererklärung des Großindustriellen Hugo Stinnes veröffentlicht wird, oder daß in der Presse aus den Steuererklärungen von Dr. Helfferich mitgeteilt wird, wie hoch sein Kriegsgewinn ist, den er infolge der Erzbergerschen Steuergesetzgebung an das Reich abliefern muß, ob er sein Vermögen im Auslande hat usw. Was dem einen recht ist, ist dem andern billig. Doch das alles soll und kann Erzberger nicht entlasten, wenn er sich wirklich einer Steuerhinterziehung schuldig gemacht haben würde. Bis heute stehen folgende Tatsachen fest: Erzberger hat sofort nach dem Diebstahl seiner Steuerakten eine Untersuchung gegen sich selbst beantragt und, um die volle Objektivität derselben zu sichern, um die Entbindung von seinen Dienstgeschäften gebeten. Die Untersuchung wurde ungefähr 2 Monate lang ungemein scharf und eingehend geführt. Das Finanzamt hat alle Einnahmen Erzbergers auf acht bis zehn Jahre zurück festgestellt, das gesamte Vermögen in dieser Zeit ermittelt, von allen Bankkonten Erzbergers sich Abschrift verschafft und mehr als dreißig Fragen ihm zur Beantwortung vorgelegt. Dabei wurde nach Abschluß der Untersuchung offiziös mitgeteilt, daß das Ergebnis der Ermittlung negativ war. Ende April erklärte außerdem auf eine Anfrage im Hauptausschuß der Nationalversammlung der Vertreter des Reichsfinanzministeriums, daß die Ermittlungen keinen Anhaltspunkt für den Verdacht einer Steuerhinterziehung ergeben hätten. Erzberger mußte auch keinen Pfennig Nachsteuer entrichten. Die Angelegenheit war damit für die Oeffentlichkeit erledigt, bis beim Wiedereintritt Erzbergers in das parlamentarische Leben der schon erwähnte Dr. Buelk diesen bei der Staatsanwaltschaft wegen Steuerhinterziehung denunzierte. Obgleich die Denunziation lediglich auf dem schon im Frühjahr von der Reichsfinanzbehörde behandelten Material fußte, wurde sie trotzdem sofort von der Presse in sensationeller Weise verwertet. Der Leiter des zuständigen Finanzamts stellte sich, wie schon im Frühjahr, erneut auf den Standpunkt, daß die ganze Sache genügend geklärt sei und daß kein Anlaß zu einer gerichtlichen Untersuchung vorliege. Der Präsident des Landesfinanzamts, der frühere preußische Generaldirektor für direkte Steuern, hat sich dieser Auffassung angeschlossen; auch der Finanzminister Dr. Wirth hat gelegentlich einer Anfrage dasselbe erklärt. Angesichts dieser Stellungnahme der maßgebenden Kreise würde für jeden Steuerzahler die Angelegenheit erledigt sein; nur nicht bei Erzberger.

Eine neue deutsche Note zur oberschlesischen Abstimmung

Berlin, 5. Januar. Die deutsche Friedensdelegation hat der Botschafterkonferenz in Paris heute eine Note übermittelt, die gleichzeitig der französischen, englischen und italienischen Regierung übergeben worden ist. — In der Note heißt es: „Die Botschafterkonferenz teilt mit, daß sie nunmehr die Absicht habe, den Artikel 88 „schlechthin“ zur Anwendung zu bringen und, um bei der Abstimmung die Ordnung aufrechtzuerhalten, beschlossen habe, die Abstimmung der nicht im Abstimmungsgebiet ansässigen Stimmberechtigten später als die Abstimmung der einheimischen Stimmberechtigten stattfinden zu lassen. Die deutsche Regierung sieht sich gezwungen, gegen diese Entscheidung Einspruch zu erheben, da hierdurch ihrer Auffassung die angestrebten Ziele nicht erreicht werden. Der Grundsatz des einheitlichen Wahlaktes, von dem nur im Einvernehmen mit allen Beteiligten abgewichen werden darf, wird durch eine zeitlich getrennte Abstimmung durchbrochen.

Ebensowenig aber wird auf diesem Wege der Zweck erreicht, die Abstimmung frei, geheim und unbeeinflußt zu machen; denn bei einer zeitlich getrennten Abstimmung werden selbst die sorgfältigsten Vorkehrungen, wie z. B. die Versiegelung der Wahlurnen, für die Zwischenzeit nicht verhindern können, daß doch Teilergebnisse der ersten Abstimmung vorzeitig bekannt werden und dadurch die zweite Abstimmung beeinflussen. Außerdem kann bei den gegenwärtig in Oberschlesien herrschenden Zuständen eine vollkommene Sicherung sämtlicher Wahlurnen kaum gewährleistet werden. Unter solchen Umständen aber würde das Geheimnis der Wahl preisgegeben und einer unterschiedlichen Bewertung der Stimmen, die im Widerspruch mit dem Friedensvertrage steht, Tür und Tor geöffnet werden. Dazu droht eine weitere Gefahr. Die alliierten Regierungen erkennen es mit Recht als ihre besondere Verpflichtung an, Ruhe und Ordnung bei der Abstimmung aufrechtzuerhalten. Dahin gehört aber vor allem, daß Abstimmungsberechtigte nicht durch Einschüchterung in der Abstimmung behindert werden. Diesem Gefühl der Verantwortung ist wohl auch der Vorschlag einer Abstimmung der Nichteingesessenen im besetzten Gebiet entsprungen. Wenn jetzt statt dieser örtlichen Trennung eine zeitliche beschlossen wird, so wird damit die Gefahr von Unruhen und einer Terrorisierung der Wahlberechtigten keineswegs vermindert, sondern vielmehr gesteigert. Nach Vollziehung der ersten und in Erwartung der zweiten Abstimmung wird sich die Bevölkerung in hochgradiger Erregung befinden. Diejenigen, die bereits abgestimmt haben, werden alles daran setzen, das erhoffte Ergebnis nicht durch die zureisenden Oberschlesier beeinträchtigen zu lassen. Die letzteren werden daher ganz besonders Einschüchterungsversuchen ausgesetzt sein.

Die Unsicherheit in Oberschlesien

Oppeln, 6. Januar. Gewerkschaftliche Vertreter aller Richtungen legten heute in einer Unterredung mit der alliierten Kommission die augenblicklichen Sicherheitsverhältnisse eingehend klar und erklärten, daß die Unsicherheit in Oberschlesien unerträgliche Formen angenommen habe. Seit dem 1. September seien in Oberschlesien 45 Morde vorgekommen, darunter im Kreise Beuthen allein 13. Aber nur in fünf von allen diesen Fällen habe man die Mörder fassen können. Seitens der Gewerkschaftsvertreter aller Richtungen wurde bestritten, daß das Bandenwesen in irgendeinem Zusammenhange mit politischen Tendenzen gebracht werden könne. Seitens der polnischen Vertreter wurde ausdrücklich Verschärfung der Grenzkontrolle nach allen Seiten hin als notwendig anerkannt und gewünscht. Im Namen der interalliierten Kommission versprach Lerond, energisch durchzugreifen und Anweisungen zu geben, daß sowohl die Justizbehörde wie die staatliche Polizei, als auch die Kreiskontrolleure den Verhältnissen mehr als bisher Rechnung tragen und das Bandenwesen mit allen erdenklichen Mitteln bekämpfen sollen. Nach Lage der Verhältnisse ist anzunehmen, daß die Gewerkschaftler aller Richtungen und beider Nationen darauf dringen werden, daß die interalliierte Kommission ihre Pflichten in bezug auf Gleichheit und Gerechtigkeit erfüllen müsse.

In der vorgestrigen Nacht wurde das Dorf Kirchenhain in Oberschlesien von 800 Mann der Abstimmungspolizei umstellt und 20 Polen unter Aufruhrverdacht verhaftet. Neun der Verhafteten wurden freigelassen, während elf in Haft behalten wurden, da sie steckbrieflich gesuchte Verbrecher sind.

Kohlenforderungen der Entente

Berlin, 6. Januar. Das Ergebnis der bisherigen Verhandlungen zwischen den deutschen Delegierten und der Reparationskommission über die Regelung der deutschen Kohlenlieferungen nach Ablauf des Abkommens von Spa (31. Januar) ist nach Mitteilung von zuständiger Stelle durchaus unbefriedigend. Die Wiederherstellungskommission hatte der deutschen Kriegslastenkommission in Paris am 27. September v. J. mitgeteilt, daß infolge der Transportschwierigkeiten nach Ansicht der Kommission mit Rückständen der deutschen Lieferungen zu rechnen sein werde. Die Kommission wäre nun damit einverstanden, daß diese Rückstände im Februar und März mit je 250 000 Tonnen ausgeglichen werden. Diese Rückstände müßten aber vorweg geliefert werden vor den neuen Lieferungen auf Grund des Spa-Abkommens. Für die Neulieferungen im Februar und März verlangt die Kommission, daß wir außer den Rückständen noch 2,2 Millionen Tonnen liefern. Derjenige Teil dieser 2,2 Millionen Tonnen, der nicht abtransportiert werden kann, soll zur Verfügung der Kommission von den Erzeugerstellen gelagert und erst später abtransportiert werden. Staatssekretär Bergmann hat auf Anweisung der Reichsregierung der Wiederherstellungskommission mitgeteilt, daß wir uns mit dieser Regelung nicht einverstanden erklären konnten. Wir mußten vielmehr unseren in den Verhandlungen eingehend dargelegten Standpunkt, daß die deutsche Lieferungsfähigkeit nicht einmal an die in Spa festgesetzte heranreicht, weiter betonen. Für diese werden wir spätestens Mitte des Monats eine zusammenfassende Darlegung der Verhältnisse geben. Der abnorme Tiefstand des Rheins hat uns trotz der Vorlieferungen im Oktober verhindert, unsere Verpflichtungen voll zu erfüllen. Die Klagen unserer Industrie über unzureichende Versorgung mit Kohlen dauern trotz der teilweisen Umstellung für Braunkohle an. Auch die Ernährungslage der Bergarbeiter, die andauernd ungünstig ist, erschwert die Regelung. Trotzdem wird von uns nicht nur die restlose Nachlieferung derweg verlangt, sondern außerdem eine Steigerung der Lieferung, die wir nach dem Spa-Abkommen zu machen haben. Dazu kommt, daß gleichzeitig Bestrebungen im Gange sind, die Kohlenmengen aus Oberschlesien für uns noch weiter zu kürzen. Ferner wollen die Alliierten wie bisher weder die Kohlenvorschüsse, noch die Goldmarkprämie weiter zahlen. Gerade diese beiden Zahlungen waren für uns ein wesentlicher Gesichtspunkt für die Unterzeichnung in Spa. Die deutsche Regierung wird mit allen Mitteln die Alliierten davon zu überzeugen haben, daß die neuen Forderungen weit über das mögliche und verständige Maß hinausgehen.

Neue Noten

(Eigener Drahtbericht der „Sächs. Volkszeitung“)

Basel, 7. Jan. Das Pariser Journal berichtet, daß zwei weitere Noten der Verbündeten auf dem Wege nach Deutschland sind. In einer der Noten werde die nicht genügende Kontrolle der privaten deutschen Munitionserzeugung behandelt.

Ein Protest gegen die Deutschen-Ausweisungen aus Eupen-Malmedy

Berlin, 5. Januar. Wie wir erfahren, hat die Reichsregierung bei der belgischen Regierung Einspruch erhoben gegen eine Verordnung des belgischen Oberkommissars für die Kreise Eupen und Malmedy, wonach die Personen, die sich nach dem 1. August 1914 in den beiden Kreisen niedergelassen haben, binnen einem Monat erklären müssen, ob sie die belgische Staatsangehörigkeit erwerben wollen und im Falle der Ablehnung ihres Antrages die Kreise bis nach Ablauf eines weiteren Monats zu verlassen haben.

Die Beratungsgegenstände der Pariser Konferenz

Paris, 6. Jan. Der Londoner Berichterstatter des „Matin“ meldet, daß die Konferenz am 19. Januar sich über folgende sechs Punkte aussprechen werde: 1. Zerstörung und Verminderung der Rüstungen Deutschlands, 2. Frage der Reichswehr, 3. Frage der Sicherheits- und Ortspolizei, 4. Frage der Einwohnerwehren, Orgesch und anderer freiwilliger Formationen, 5. Beschränkung der Armierung der deutschen Festungen, 6. Auslieferung der Geheimnisse bez. der Erzeugnisse von Explosivstoffen und giftigen Gasen.

Informierte Londoner Kreise bestätigen, daß auf der Pariser Konferenz u. a. auch die Frage der Herstellung von Explosivstoffen und giftigen Gasen zur Sprache kommen. England wird die Auslieferung der deutschen Fabrikationsgeheimnisse auf diesem Gebiete verlangen.

Bezüglich der deutschen Bürgerwehren steht die englische Regierung jetzt auf dem Standpunkte, daß deren Auflösung nicht so ohne weiteres ratsam erscheint, da Europa im nächsten Frühjahr von der bolschewistischen Gefahr in erhöhtem Maße bedroht sein wird und Deutschland in erster Linie helfen müsse, den bolschewistischen Ansturm zu brechen. Die englische Regierung ist daher geneigt, der deutschen Regierung für die Auflösung der freiwilligen Wehren eine neue Frist von mindestens neun Monaten zu gewähren.

Nach französischen Blättermeldungen aus Washington steht die amerikanische Regierung dem Plane einer Besetzung des Ruhrgebietes durchaus ablehnend gegenüber. Man müsse in der Frage der Abrüstung auf die innerpolitischen Verhältnisse Deutschlands Rücksicht nehmen und Deutschland eine neue Frist gewähren.

Englischer Kredit für Mitteleuropa

London, 6. Januar. „Daily Mail“ teilt mit: Der gegenwärtig von der englischen Regierung in Erwägung gezogene Kreditplan für den Handel mit Mitteleuropa bezwecke die Errichtung eines Ausschusses aller beteiligten Banken und Versicherungsgesellschaften. Die Regierung werde 18 Millionen Pfund zur Verfügung stellen. Wenn der Plan erfolgreich wäre, rechne man damit, daß der Betrag des Kapitals sich auf 100 Millionen Pfund erhöhen werde.

Die Lage des Kabinetts Leygues

Paris, 6. Januar. „Petit Parisien“ erklärt, daß die Mitteilung, Ministerpräsident Leygues denke an eine teilweise Umgestaltung seines Ministeriums, nicht den Tatsachen entspreche. Nur wenn einer der zur Wahl in den Senat stehenden Kandidaten aus dem Kabinett am Sonntag durchfallen werde, würde er nach den bestehenden Bestimmungen auszuscheiden haben.

Die Parteikämpfe Frankreichs

(Eigener Drahtbericht der „Sächs. Volkszeitung“)

Basel, 7. Jan. Die Preßinformation meldet aus Paris, infolge des Sieges des Radikalismus in Tours beginnt der politische Kampf der Parteien schärfere Formen anzunehmen. Der Temps will wissen, daß eine großzügige aktive kommunistische Bewegung in Frankreich eingeleitet sei, die ihre Hauptstütze in der immer mehr um sich greifenden Arbeitslosigkeit finden dürfte.

Zur französischen Reise Klara Zetkins

(Eigener Drahtbericht der „Sächs. Volkszeitung“)

Amsterdam, 7. Januar. Aus Paris wird berichtet, nach Meldungen aus Straßburg hat die Untersuchung ergeben, daß Klara Zetkin bei ihrer Reise nach Tours den Weg durch das besetzte Gebiet nahm. Sie überschritt die Grenze im Automobil und bestieg auf der französischen Grenzstation einen Zug, vor Paris bestieg sie einen Vorortzug. Sie traf am Sonntag auf einem Pariser Bahnhof ein. Bei ihrem Erscheinen auf dem Kongreß in Tours wurden die Türen des Saales geschlossen und die Telephonverbindung unterbrochen, so daß die Polizei erst nachträglich von ihrer Anwesenheit erfuhr.

Sinnfein

London, 6. Jan. „Daily-Expreß“ berichtet, die Polizei habe ein Komplott der Sinnfeiner aufgedeckt, das bezweckte, den Tower in die Luft zu sprengen. — Infolge eines Ueberfalles auf die Polizei in Middleton, Grafschaft Cork, hat der Militärgouverneur des Bezirkes angeordnet, daß sieben namentlich bezeichnete Häuser, die der Stelle des Ueberfalles zunächst lagen, durch Militär vollständig niederzubrennen seien. Die Truppen haben diesen Befehl wortgetreu ausgeführt. Den Eigentümern wurde lediglich gestattet, vor der Zerstörung Wertsachen zu entfernen, dagegen nicht die Mobiliar-Einrichtung. — Bei Cantuck in der Grafschaft Cork wurden Soldaten von einer größeren Menge bewaffneter Männer angegriffen, konnten diese aber in die Flucht schlagen. Eine Anzahl der Angreifer wurde gefangen genommen, 16 Angreifer wurden getötet.

Amerikanisches Geld für Polen

Washington, 6. Jan. Im Senat machte Senator Reed die aufsehenerregende Mitteilung, daß von den 150 Millionen Dollars, die vom Abgeordnetenhause zur Linderung der Not in Europa bewilligt wurden, 40 Millionen für den Unterhalt des polnischen Heeres verwandt worden sind. Reed erklärte, die Beweise dafür in Händen zu haben.

Moskau fühlt sich

Moskau, 6. Januar. In einer amtlichen Kundgebung heißt es, die Regierungen des Westens sähen jetzt die Befestigung der Sowjetmacht. Die englischen Regierungsversuche, die Unterzeichnung des Handelsvertrages hinauszuschieben, hindere aber die englischen Industriellen nicht, auf eigene Gefahr uns Waren zu schicken. Der Handel mit neutralen Ländern nimmt immer mehr zu, besonders aber mit Schweden. Wie weit die Bedeutung Sowjet-Rußlands gestiegen ist, ist daraus ersichtlich, daß der sogenannte Völkerbund, welcher beschlossen hatte, die litauische Stadt Wilna mit fremden Truppen zu besetzen, diesen Beschluß auf den Protest Rußlands hin, fallen ließ. Die bürgerlichen Regierungen des Westens fühlen die Stärke der Sowjetmacht. Legionen Arbeiter des Westens werden den revolutionären Weg des Kommunismus einschlagen. Viele Millionen der unterdrückten Massen der unterdrückten Völker des Ostens richten ihre Blicke nach Sowjet-Rußland, dies gäben sogar die bedeutendsten Zeitungen Frankreichs zu. Wir müssen die Stärkung Sowjet-Rußlands völlig durchführen. Es wird beabsichtigt, aus Deutschland 5000 Spezialisten einzuführen, davon 4000 für die Metallindustrie und 800 für das Volkskommissariat für Gesundheitswesen.

Zur russischen Demobilisation

Moskau, 6. Jan. Aus der letzten Rede Trotzkys im Rätekongreß werden nachträglich folgende Ausführungen bekannt: Wir hoffen, bis zur Mitte des nächsten Sommers die Armee um die Hälfte zu verringern, vorausgesetzt, daß sich keine Komplikationen einstellen. Wir werden die Heeresstärke herabsetzen, ohne die Armee zu schwächen. Indem wir in vorsichtiger und systematischer Weise unsere Armee demobilisieren, können wir sie doch nicht ohne Reserven im Lande lassen. Nur müssen wir die Miliz einführen, indem wir uns auf die Erfahrungen, die wir in drei Jahren schwerer Kämpfe und Niederlagen gemacht haben, stützen.

Abschluß der russisch-polnischen Verhandlungen?

Warschau, 6. Jan. Im Gegensatz zu anderweitigen pessimistischen Gerüchten hat man in Warschau den Eindruck, daß die in Riga fortgeführten Verhandlungen zwischen Polen und Sowjetrußland in kurzer Zeit zum Abschluß gelangen werden und der Frieden in der zweiten Hälfte des Monats Januar geschlossen werden könnte.

Aus der spanischen Thronrede

Madrid, 6. Jan. Bei der feierlichen Eröffnung der Kammer, die gestern im Senatssaal stattfand, verlas der König eine Thronrede, in der er die guten Beziehungen hervorhob, die Spanien mit allen Ländern verbinde und besonders der innigen Bande gedachte, die zwischen den südamerikanischen Republiken und dem Mutterlande bestehen. Den Mißständen in sozialer Beziehung solle durch Reformen abgeholfen werden, die allmählich eingeführt werden sollen. Die Eisenbahntarife sollen durchgreifend verbessert werden und eine Besserung der Transportverhältnisse im allgemeinen durchgeführt werden.

Eröffnung des neuen Griechenparlaments

(Eigener Drahtbericht der „Sächs. Volkszeitung“)

Athen, 7. Januar. Das neue griechische Parlament eröffnete König Konstantin, stürmisch begrüßt, mit der Verlesung einer Botschaft, die von dem Glück spricht, daß das Volk ihn so liebe und von der Anerkennung und dem Wohlwollen der Alliierten gegenüber dem Recht der Griechen.

Beendigung des österreichischen Südbahnstreiks

Graz, 5. Januar. Die Streikenden der Südbahn und Staatsbahn beschlossen die Wiederaufnahme der Arbeit, da ihre Forderungen bewilligt wurden.

SLUB
Wir führen Wissen.